

NACHHALTIGKEIT

Sinnfrage bezüglich der EU-Taxonomie

Spätestens mit den Ankündigungen der EU-Kommission, Atomkraft und Gaskraftwerke als „grün“ einzustufen, hat sich gezeigt: Das Modell der Taxonomie, mit dem festgelegt werden soll, welche Investitionen nachhaltig sind und welche nicht, stößt sehr schnell an seine Grenzen, weil es eben keine allgemeingültige Definition dazu gibt und die Meinungen weit auseinandergehen.

Der Krieg in der Ukraine hat das gesamte Konzept nun endgültig ad absurdum geführt: Plötzlich sind Rüstungsinvestitionen wieder „gut“, weil nur sie es ermöglichen, unsere Lebensweise und Überzeugungen zu verteidigen. Und auf der Suche nach Alternativen zum russischen Gas sind auch die Atomkraft oder das mit dem umstrittenen Fracking gewonnene US-amerikanische Flüssiggas vielleicht gar nicht mehr so schlimm, wie bislang angenommen.

Thomas Mang, der Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen, bringt es auf den Punkt, wenn er, wie auf dem Jahrespressegespräch des Verbands, die Unterscheidung in Gut und Böse, die zum Beispiel über die Taxonomie erzeugt wird, als „kompletten Unsinn“ bezeichnet, wie man aktuell sehen könne. Wenn man versuche „Nachhaltigkeit über die Stigmatisierung durch NGO's und über Regulierungsbehörden zu erzwingen“, dann werde die bürokratische Umsetzung zumeist durch die Realität

eingeholt, erweise sich oftmals als kontraproduktiv und setze die falschen Akzente.

Auch Stefan G. Reuß, Geschäftsführer der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, fürchtet genau deshalb auf dem Feld der Nachhaltigkeit eine neue regulatorische Großfront, die den Geschäftsbetrieb von Banken und Sparkassen zu lähmen droht. Auf der einen Seite, so Reuß, kann sich die Politik im europäischen Kontext nicht auf ein gemeinsames Grundverständnis einigen, was künftig nachhaltig sein soll und was nicht, sodass die EU-Taxonomie „ein bisschen wie das Leipziger Allerlei“ wirke. Irgendwie sei dann doch fast alles erlaubt, einschließlich Atomenergie und Gas. Gleichzeitig schreibe die Taxonomie-Verordnung den Banken und Sparkassen auf der praktischen Ebene aber mit einer bemerkenswerten Granularität vor, was sie künftig noch finanzieren dürfen.

„Im Mittelalter hat sich die scholastische Philosophie mit der Frage beschäftigt, wie viele Engel auf eine Nadelspitze passen. Heute erlebt die Scholastik in der Nachhaltigkeits-Regulatorik ein ungeahntes Comeback“, sagte Reuß am 8. März auf der Bilanzpressekonferenz des SGVHT. So werde künftig die Finanzierung einer Eigentumswohnung nur dann taxonomiekonform sein, wenn Wasserhähne und Duschköpfe einen maximalen Wasserdurchlass von sechs bis acht Litern pro Minute erlauben und noch viele andere Bedingungen erfüllt seien. Wenn man die oft zitierte deutsche Gründlichkeit zum Maßstab macht, so seine Befürchtung, werde sich

auch in diesem Feld ein ganz neues Expertentum von Fachleuten herausbilden, die ausschließlich überprüfen und überwachen, ob die neuen Vorgaben auch tatsächlich eingehalten werden – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Investitionskosten.

Das mag sich wie ein Horrorszenario anhören. Die Erfahrung mit dem deutschen Hang zum „Gold Plating“ lässt allerdings befürchten, dass zumindest die deutsche Umsetzung der EU-Vorgaben es genau so weit kommen lässt. Dass die Regulatoren das Thema Taxonomie erst einmal ruhen lassen, bis sich ein gemeinsames Verständnis herausbildet – oder vielleicht sogar einen besseren Weg finden, die Transformation der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit voranzutreiben, ist indessen wohl nicht zu erwarten. Red.

MITTELSTAND

Bürgschaftsbank fördert Gründergeist

Existenzgründer und bestehende Unternehmen sind in ihrer betrieblichen Laufbahn häufig auf die Wahrnehmung von Krediten und anderen Fördermitteln angewiesen. Für die Beantragung eines Darlehens benötigen sie aber Sicherheiten. Sind diese nicht vorhanden, kann auf die Hilfe von Bürgschaftsbanken zurückgegriffen werden. Diese Unterstützung haben im zweiten Pandemie-Jahr wieder viele Unternehmen in Baden-Württemberg, besonders Start-ups und Existenzgründer, nachgefragt: Gemäß den Geschäftszahlen für das Jahr 2021 hat die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg insgesamt 2.126 (2.546) Vorhaben mit einem Kredit- und Beteiligungsvolumen in Höhe von 665,3 (702,3) Millionen Euro unterstützt. Die Bürgschafts- und Garantieübernahmen schlugen mit 426,3 (461,8) Millionen Euro zu Buche. Darüber hinaus hat die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, kurz MBG, 125 Vorhaben mit einem Volumen von über 68 Millionen Euro im vergangenen Jahr begleitet.

Auch wenn die Zusagen damit etwas geringer ausgefallen sind als im Rekordjahr 2020, liegen sie mit Blick auf die bisherige Historie der Bürgschaftsbank nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Zudem ist es nicht verwunder-

DIE ZAHL

62 Prozent der Anleger in der DACH-Region sind der Meinung, dass als nachhaltig eingestufte Finanzprodukte nicht in Atom- oder Erdgasenergie investieren sollten. Das ist das Ergebnis einer Umfrage von Simon-Kucher & Partners unter mehr als 1.000 potenziellen Anlegern in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Österreichische Anleger lehnen dies am deutlichsten ab: In der Alpenrepublik sprachen sich sogar mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Befragten gegen eine grüne Einstufung von Fondsprodukten aus, die Erdgas- und Atomtitel im Portfolio halten. 57 Prozent der deutschen und österreichischen Umfrageteilnehmer würden an der Glaubwürdigkeit ihrer Bank zweifeln, wenn diese in Atomenergie und Erdgas investierte Fonds als nachhaltig ausgibt. Am klarsten positionieren sich erneut die österreichischen Anleger: Hier würden bei mehr als 60 Prozent das Vertrauen in ihre Bank bei einem solchen Verhalten schwinden. In Deutschland wäre das bei knapp mehr als der Hälfte der Fall. Red.

lich, dass sich im Zuge der Corona-Hilfsprogramme die Nachfrage nach Liquiditätsfinanzierungen entsprechend abgeschwächt hat. Nun, wo das Ende der Pandemie zum Greifen nahe erscheint, können auch wieder andere Herausforderungen in den Blick genommen werden: „Viele Unternehmen werden sich in den kommenden Monaten mit den Post-Corona-Folgen und verstärkt mit der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit und der Erhöhung des Digitalisierungsgrades beschäftigen“, so Guy Selbherr, Vorstand der Bürgschaftsbank und Geschäftsführer der MBG. Auch bei diesen „Herkulesaufgaben“ stehe die Bürgschaftsbank parat.

Allerdings bleibt es fraglich, inwieweit diese Aufgaben nicht zunächst einmal zurückgestellt werden müssen. Denn es ist noch nicht absehbar, wie sich die Situation in der Ukraine, die Lieferengpässe und die rasant steigenden Energiepreise auf die wirtschaftliche Situation in Baden-Württemberg auswirken werden. Im Rahmen der Corona-Pandemie waren nur wenige Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen, entsprechend gering waren die Ausfälle bei der Bürgschaftsbank. 2020 kam es zu 166 Ausfällen mit einem Volumen von 15,6 Millionen Euro, das sind weniger als im Vorjahr. Und die Ausfallquote betrug 0,9 Prozent und entwickelte sich damit sogar besser als erwartet.

Begrüßenswert ist, dass sich viele Menschen trotz möglicher Unwägbarkeiten oder Krisen nicht von ihrem Traum zu gründen entmutigen lassen. So unterstützte die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg im vergangenen Jahr 971 Neugründungen, nach 874 im Vorjahr. Das Bürgschafts- und Garantievolumen stieg mit 118,0 Millionen Euro gegenüber 94,9 Millionen Euro ebenfalls spürbar an. Dagegen sank die Zahl der Genehmigungen bei den Nachfolgen von 569 auf 543, das Bürgschafts- und Garantievolumen in diesem Bereich legte von 123,9 Millionen Euro auf 124,6 Millionen Euro zu. Damit machten Gründungen und Nachfolgen im Berichtsjahr, bezogen auf das genehmigte Kredit- und Beteiligungsvolumen, einen Anteil in Höhe von 55 Prozent aus.

Dass das Thema Gründung für die Bürgschaftsbank einen hohen Stellenwert hat, zeigt auch die Kooperation des Instituts mit der L-Bank im Rahmen des Programms „Startfinanzierung80“. Im

Jahr 2021 konnten so knapp 1 000 Menschen, die den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt haben, mit einem Kreditvolumen über 80 Millionen Euro unterstützt werden. Zudem arbeitet das

Institut auch mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und der KfW mit Blick auf eine Gründerplattform zusammen. Diese liefert wichtige Informationen für Gründer und bietet Vernetzung zu mög-

lichen Finanzierungspartnern. Über fünf Millionen Besucher (seit 2018) bieten viel Potenzial für die Zukunft, sowohl für die Wirtschaft Baden-Württembergs als auch für die Bürgschaftsbank. mv

GELDAUTOMATEN

Sprengungen – Sparkasse zieht Konsequenzen

Seit 2021 sind im Geschäftsgebiet der Sparkasse Heidelberg sieben Geldautomaten gesprengt worden. Dabei beobachtet das Institut, dass die Täter immer mehr auch die Gefährdung von Leib und Leben in Kauf nehmen. Bisher waren Geldausgabeautomaten an freistehenden Standorten, etwa in Gewerbegebieten betroffen. Zuletzt jedoch wurde ein Gerät im SB-Bereich einer

Filiale gesprengt – mitten in einem Wohngebiet und sogar einem Wohngebäude, in dem junge Familien mit Kindern leben.

Daraus zieht die Sparkasse nun die Konsequenzen mit einem ganzen Maßnahmenpaket, das sich unter anderem an den Präventionsempfehlungen der Polizei orientiert. Dazu gehören Investitionen in modernste Geldausgabeautomaten sowie in deren höchstmöglichen Sicherheitsstandards sowie Abschreckungsmaßnahmen wie etwa Panzerung oder die Installation von Systemen zur Einfärbung von Geldscheinen nach einem Angriff.

Vor dem Hintergrund der steigenden Bedrohungslage und einer umfassenden Gefährdungsanalyse reicht das jedoch nicht mehr aus. Zum Schutz der Bevölkerung und auf Empfehlung der

Kriminalpolizei nehmen die Heidelberger deshalb neun SB-Einrichtungen mit höchster Gefährdungsstufe vom Netz, die aufgrund ihrer Lage und guten Zugänglichkeit besonders gefährdet für Sprengangriffe sind. Dem will die Sparkasse durch den Abbau zuvorkommen. An den entsprechenden Standorten werden Schilder mit dem Verweis auf die nächstgelegene geöffnete Filiale angebracht. Denn alle übrigen SB-Stellen werden in den Nachtstunden von Mitternacht bis 5 Uhr morgens geschlossen. Standorte mit bereits gesprengten Geldausgabeautomaten werden nicht mehr aufgebaut, da insbesondere Pavillons nicht zu schützen seien.

Die SB-Bereiche der Filialen bleiben zwar erst einmal geöffnet. Allerdings sollen hier die Sicherheitssituation in den SB-Bereichen optimiert und Geldbestände angepasst beziehungsweise reduziert werden, um den Anreiz für Angreifer zu verringern. Zudem soll während der Nacht ein Wachdienst die Filialen schützen. Leicht gefallen sind die Schließungen der SB-Standorte der Sparkasse nicht. Zum einen sind sie selbst mit hohen Kosten verbunden. Zum anderen verschlechtert sich dadurch natürlich der Service für die Kunden, namentlich an den neun Standorten, die komplett geschlossen werden. Dass sich im Umkreis von wenigen Kilometern rund um diese SB-Stellen jeweils Filialen mit Geldautomaten befinden, wird die betroffenen Kunden vermutlich nur wenig trösten. Die Schließungen in den Nachtstunden werden die meisten dagegen wohl leichter verschmerzen können.

Doch wengleich Banken und Sparkassen immer Gefahr laufen, mit Serviceeinschränkungen auch Kunden zu verlieren, werden diese von der Sparkasse Heidelberg als letzter Ausweg bewertet. Nachdem alle bisherigen Maßnahmen und Investitionen in die Sicherheit der Geldautomaten nicht von Erfolg gekrönt waren, lautet ihr Fazit. „Wir mussten erkennen, dass Geldautomaten in freistehenden Einrichtungen so gut wie nicht zu schützen sind.“

Mit dieser Erfahrung steht die Sparkasse Heidelberg keineswegs alleine da. Schließlich ist die Sprengung von Geldautomaten in der kriminellen Szene geradezu zum neuen Trend geworden. Immer mehr Institute müssen sich deshalb Gedanken machen, wie sie SB-Standorte oder auch Filialen vor solchen

GELDAUTOMATEN

Streit ums Abbauen – einmal anders

Üblicherweise ist der Aufschrei groß, wenn eine Bank eine Filiale schließt und/oder Geldautomaten abbaut. Der Santander Consumer Bank ist nun gerade das Gegenteil passiert. Sie musste sogar in einem Gerichtsverfahren für den Erhalt eines Geldautomaten einer Filiale in Ratingen streiten.

Angesichts der zunehmenden Anzahl von Sprengangriffen auf Geldautomaten hatten die Bewohner eines Mehrfamilienhauses, in dessen Erdgeschoss die betreffende Filiale untergebracht ist, Sorge, der GAA in den Räumen der Filiale könne ebenfalls gesprengt werden. Sie hatten deshalb gegen die Bank auf Entfernung des Geräts geklagt. Mit diesem Ansinnen sind sie am 21. März nun auch in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gescheitert (Az. I-9 U 25/21).

Dem Berufungsurteil zufolge hat die Eigentümergemeinschaft mit dem Betrieb einer Bankfiliale auch das Aufstellen eines Geldautomaten genehmigt. Eine Änderung der Nutzungsregeln ihrer Immobilie könnten die Eigentümer nur einstimmig beschließen, was jedoch nicht geschehen sei. Die bloß abstrakte Gefahr

eines Zugriffsversuchs durch Kriminelle genüge nicht, um der Mieterin einer Teileigentumseinheit die ihr genehmigte Nutzung zu untersagen, so der 9. Zivilsenat des OLG Düsseldorf. Der Geldautomat darf also bleiben.

Damit hat das Gericht ein Urteil mit Augenmaß gesprochen. Denn natürlich sind die Sorgen der Hausbewohner angesichts der steigenden Fallzahlen nachzuvollziehen. 2021 wurden laut BKA 392 Geldautomaten gesprengt, 2020 waren es sogar 4714. Angesichts einer Gesamtzahl von immer noch über 50000 Automaten in Deutschland ist das Risiko allerdings gleichwohl überschaubar.

Wenn nun Banken ohne konkreten Anlass verpflichtet werden könnten, zumindest in solchen Filialen, bei denen sie nicht Eigentümer, sondern Mieter sind, ihre Geldautomaten abzubauen, dann wäre dies ein echter Schlag für die Bargeldinfrastruktur in Deutschland. Insofern ist es gut, dass hier kein Präzedenzfall geschaffen wurde – auch wenn manchem Institut eine entsprechende gerichtliche Anordnung zur Entfernung eines Automaten an dem einen oder anderen Standort vermutlich ganz gelegen käme. Red.

Angriffen schützen können. Vor dem gleichen Problem standen im vergangenen Jahr beispielsweise auch die Frankfurter Volksbank und die Taunus Sparkasse nach einer Reihe von Angriffen auf ihre unter der Marke Finanzpunkt betriebenen Gemeinschaftsfilialen. Diese Standorte zu schließen, stand natürlich nicht zur Debatte, nachdem erst im März 2021 alle 26 Finanzpunkte eröffnet worden waren. Frankfurter Volksbank und Taunus Sparkasse haben sich deshalb für eine Bewachung rund um die Uhr entschieden.

Ein flächendeckender Wachdienst für das gesamte Geldautomatennetz der deutschen Kreditwirtschaft indessen wäre finanziell wohl nicht zu stemmen. Auch würde sich hier die Sinnfrage stellen. Deshalb ist es nur vernünftig, während der Nacht nur einige Filialen zu öffnen und zu bewachen, andere Standorte hingegen nachts zu schließen und manche sogar ganz abzubauen. In Zeiten rückläufiger Bargeldnutzung und eines mittlerweile dichten Händlernetzes, das Bargeld auch an der Ladenkasse auszahlt, ist das für die meisten Kunden sicher zumutbar. Red.

samtersparnis pro Kunde beläuft sich somit auf 70,8 Euro.

Das mag sich nicht nach viel anhören. Und die Mehrheit der Kunden dürfte den Geflüchteten diese Unterstützung

auch neidlos gönnen. Dennoch ist eine solche Maßnahme in Zeiten tendenziell immer weiter steigender Bankgebühren und von Negativzinsen – die Sparkasse Nürnberg berechnet Neukunden für Guthaben ab 50000 Euro seit dem

SPARKASSE NÜRNBERG

Gratiskonto für Ukraine-Flüchtlinge

Angesichts des Krieges in der Ukraine engagieren sich viele Unternehmen, um entweder die Menschen vor Ort oder die Geflüchteten in Deutschland zu unterstützen. Dazu zählt auch die Sparkasse Nürnberg. Sofort mit Ausbrechen des Krieges hat sie Hilfsprojekte gemeinnütziger Initiativen unterstützt und einen Nothilfefonds bereitgestellt.

Doch auch im Bankgeschäft selbst schlägt sich das Engagement ganz konkret nieder. Seit Mitte März bietet die Sparkasse Geflüchteten aus der Ukraine kostenfreie Girokonten an. Kontoeröffnungen können in allen Beratungszentren unter Vorlage eines gültigen Reisepasses oder einer ukrainischen ID-Card und einer deutschen Meldebescheinigung erfolgen. Das Online-Konto inklusive Sparkassen-Card ist dann innerhalb der ersten zwölf Monate kostenfrei. Üblicherweise werden dafür 4,90 Euro pro Monat sowie ein Euro pro Monat für die Sparkassen-Card berechnet. Die Ge-

1. Januar 2021 ein Verwahrentgelt von 0,5 Prozent – ein Schritt, der von dem einen oder anderen Kunden auch falsch verstanden werden kann. Mancher, der sich ärgert, könnte aus dem Entgegenkommen gegenüber Geflüchteten den Schluss ziehen, dass Preisanhebungen oder Verwahrentgelte wirtschaftlich vielleicht doch nicht zwingend erforderlich sind. Bei denjenigen Kunden, die ihre Zustimmung bislang noch nicht erteilt haben, könnte das den Diskussionsbedarf steigen lassen. Auch negative Auswirkungen auf die Durchsetzung künftiger Preisanpassungen sind nicht auszuschließen. Eine richtige Entscheidung ist die vorübergehende Preisfreistellung von Geflüchteten dennoch. Andere Institute verfahren ähnlich. Red.

RECHTSFRAGEN

Rückforderungen – Bank darf Kunden rechnen lassen

Wenn ein Kunde unter Berufung auf das BGH-Urteil zur sogenannten Zustimmungsfiktion vom Frühjahr 2021 zu Unrecht berechnete Entgelte von seiner Bank zurückverlangt, dann darf die Bank ihn auffordern, den Forderungsbetrag selbst zu ermitteln und die Forderung schriftlich zu beziffern. Das hat die 35. Kammer für Handelssachen des Landgerichts Stuttgart am 24. März entschieden und damit eine Klage der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg gegen die VR-Bank Ludwigsburg abgewiesen (Aktenzeichen 35 O 135/21 KfH).

Die Verbraucherschützer hatten in dieser Aufforderung der Bank, den Betrag selbst zu berechnen, eine unzulässige Beeinflussung der Verbraucher und einen Verstoß gegen das Transparenzgebot gesehen. Dem schloss sich das Gericht nicht an. Die Bezifferung stelle kein unzulässiges Hindernis für die Geltendmachung der Forderung dar. Vielmehr entspreche es einem allgemeinen Grundsatz, dass der Anspruchsteller eine Forderung auch beziffern müsse. Auch unter Zugrundelegung eines hohen Verbraucherschutzniveaus sei es einem Unternehmen nicht zuzumuten, dem Verbraucher eine Hilfestellung bei der Durchsetzung seiner Forderung zu gewähren. Die Bank sei auch nicht verpflichtet gewesen, den Kunden auf

einen Rechtsanspruch zur Auskunft über gezahlte Gebühren hinzuweisen.

Dieses Urteil ist ein weiteres Mosaiksteinchen in der Prozesswelle, die das BGH-Urteil vom vergangenen Jahr ausgelöst hat und die viele Banken vermutlich weit mehr Geld kosten wird als tatsächliche Rückforderungen der Kunden. Immerhin zeigt es, dass die Rechtsprechung in praktischen Fragen nicht grundsätzlich abgeneigt ist, auch die Belange der Banken ins Kalkül zu ziehen.

Dass das von den Verbraucherschützern beanstandete Vorgehen der Bank dem erstinstanzlichen Urteil zufolge nicht rechtswidrig ist, sagt freilich nichts darüber aus, ob es auch kundenfreundlich ist. Denn natürlich muss und wird eine Bank oder Sparkasse bei jeder Rückforderung eines Kunden prüfen, in welcher Höhe diese berechtigt ist. Das Ergebnis könnte man dem Kunden insofern ebenso gut auch mitteilen. Ihn selbst rechnen zu lassen, stellt insofern tatsächlich eine gewisse Hürde dar.

In dem konkreten Fall hatte der Kunde für die Zukunft seine Zustimmung zu den Gebühren erteilt. Der Fortbestand der Kundenbeziehung war von daher nicht infrage gestellt. Ein bisschen Entgegenkommen hätte da sicher nicht geschadet – anders als bei Kunden, die auch in Zukunft keine Entgelte zahlen wollen und es vorziehen, sich eine andere Bank zu suchen. Red.

NACHHALTIGKEIT

Viel Rückenwind für die Umweltbank

Die Umweltbank, die im Januar 2022 ihr 25. Jubiläum feiern konnte, hat ihr Neugeschäft im vergangenen Jahr deutlich ausgebaut. Auf Basis vorläufiger Zahlen stieg das Neukreditvolumen um 22,6 Prozent auf insgesamt 845 (689) Millionen Euro. Damit kletterte auch das Volumen bei den sogenannten Umweltkrediten um rund 11 Prozent auf 3,9 Milliarden Euro. Etwa die Hälfte der Darlehen finanzierten Projekte in erneuerbare Energien, rund 40 Prozent seien für nachhaltige Immobilienprojekte vorgesehen, wie Vorstandssprecher Jürgen Koppmann im Pressegespräch berichtet. „Alle drei Bereiche des Kerngeschäfts – Photovoltaik, Windkraft und

nachhaltige Immobilien – konnten zulegen“, ergänzt hier Goran Bašić, Mitglied des Vorstands. Daneben erschließe die grüne Bank neue Geschäftsfelder. So finanziere sie mit dem Projekt „WUN H2“ im oberfränkischen Wunsiedel erstmals eine Anlage zur Erzeugung von grünem Wasserstoff. „Grüner Wasserstoff ist ein wichtiger Baustein der Energiewende“, so Bašić.

Unterm Strich konnte die grüne Bank ihre Bilanzsumme um rund 20 Prozent auf 5,9 (4,9) Milliarden Euro im Jahr 2021 steigern, allerdings rechnet Koppmann bis Ende 2022 mit einem leichten Rückgang auf 5,4 Milliarden Euro. Er begründet diesen Zusammenhang damit, dass ein Teil der bei der Europäischen Zentralbank aufgenommenen längerfristigen Refinanzierungsgelder (GLRG) planmäßig zurückgeführt werde.

Dass das Thema Nachhaltigkeit derzeit einem gewissen Hype unterliegt, zeigt sich aber auch anhand der Neukundenzahlen: Die grüne Bank konnte im Jahr 2021 rund 11000 Kunden hinzugewinnen, was die Anzahl insgesamt um 9,0 Prozent auf 132087 (121166) angewachsen ließ. Im laufenden Jahr sollen weitere 10000 Kunden (vor allem diejenigen, die sich für das Wertpapiergeschäft begeistern lassen) akquiriert werden. Denn auch den Trend zum nachhaltigen Investieren verstand die Umweltbank gut zu nutzen: Das seit der Pandemie gestiegene Interesse am Wertpapiergeschäft, welches eigentlich bei nahezu allen Banken zu einem kräftigen Anstieg der Provisionsergebnisse geführt hat, ließ die Provisionsüberschüsse der Umweltbank um satte 83,0 Prozent auf etwa 9,4 (5,1) Millionen Euro emporschnellen. Insgesamt betrug das von der Bank verwaltete Depotvolumen per Ende 2021 knapp 950 Millionen Euro – ein Plus von über 250 Millionen Euro seit Jahresbeginn.

Aber es darf auch nicht vergessen werden, dass die Expansion sowie Modernisierungsmaßnahmen der IT-Systeme auch zu höheren Aufwendungen geführt haben. Die Personalkosten wuchsen im Jahr 2021 um 21,7 Prozent auf etwa 16,8 (13,8) Millionen Euro und auch die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 27,1 Prozent auf etwa 16,9 (13,3) Millionen Euro. Diese Entwicklung sorgte dafür, dass sich die Cost Income Ratio auf 47,7 (43,1) Prozent erhöhte. Das Ergebnis vor Steuern

und Rücklagenbildung betrug im vergangenen Jahr 38,1 Millionen Euro und übertraf damit leicht den Vorjahreswert. Mit Blick auf das laufende Jahr 2022 gibt sich Koppmann positiv: „Wir starten mit sehr guten Zahlen in unser 25-jähriges Firmenjubiläum. Mit dem Fokus auf erneuerbare Energien sowie bezahlbaren und ökologischen Wohnraum adressiert die Umweltbank Kernthemen einer nachhaltigen Gesellschaft.“ mv

FINANZBERATUNG

Trotz Ukraine: Freude am Osteuropa-Geschäft

Dass Mario Freis, der Vorstandsvorsitzende der OVB Holding AG, der Jahrespressekonferenz in diesem Jahr einige Worte zur Ukraine vorausschickte, war nicht allein dem Entsetzen über die dortigen Geschehnisse geschuldet, das derzeit allen in den Knochen steckt. Sondern der OVB geht es auch deshalb nahe, weil das Unternehmen dort seit 15 Jahren präsent ist und dort 15000 Kunden und 500 Mitarbeiter hat. Wenn es Kollegen sind, die plötzlich ihr Land verteidigen oder daraus fliehen müssen, dann rückt der Krieg schon recht nahe.

Geschäftlich ist der Ausfall des Ukraine-Geschäfts für den Konzern „zu vernachlässigen“, wie es Freis formuliert. Denn wengleich die Region Mittel- und Osteuropa die mit Abstand wichtigste ist und 2021 insgesamt 49,2 Prozent aller Erträge aus Vermittlungen lieferte, ist die Ukraine doch die kleinste Einheit in dieser Region. Zudem fließen zumindest die ratierlichen Provisionen weiter, auch wenn derzeit kein Neugeschäft geschrieben wird.

Gerade in der Krise macht sich die Diversifizierung sowohl nach Ländern als auch nach Produkten weiterhin bezahlt. Derzeit ist der OVB-Konzern in 15 Ländern aktiv, im laufenden Jahr soll noch Slowenien folgen, was sich in der aktuellen Situation als starkes Bekenntnis zum Osteuropa-Geschäft verstehen lässt. Zuletzt hatte das Unternehmen 2018 den belgischen Markt erschlossen.

Der Segen der breiten Aufstellung lässt sich an verschiedenen Kennzahlen ablesen. Der deutsche Heimatmarkt steht mittlerweile nur noch für 14,9 Prozent der Kunden, 22,1 Prozent der Finanzver-

mittler und ein Fünftel der Erträge aus Vermittlungen. Bei Kundenzahlen (plus 0,6 Prozent auf 613 386) und Vermittlerzahlen (plus 0,2 Prozent auf 1 240) gibt es kaum Wachstum. Das operative Ergebnis stieg um lediglich 1,2 Prozent, die EBIT-Marge ist sogar von 13,2 auf 12,7 Prozent zurückgegangen. Anders dagegen in den andern Regionen.

Insgesamt ist deshalb die Kundenzahl um 4,3 Prozent auf 4,13 Millionen gestiegen, wobei das Wachstum in Süd- und Westeuropa am größten ausfiel (plus 4,3 Prozent), gefolgt von Mittel- und Osteuropa (plus 4,4 Prozent). Ähnlich sieht es bei der Zahl der Finanzvermittler aus: starker Zuwachs in Süd- und Westeuropa (plus 16,3 Prozent), deutlicher Zuwachs in Mittel- und Osteuropa (plus 6,7 Prozent). Die Erträge aus Vermittlungen erreichten im vergangenen Jahr zum zweiten Mal in Folge ein neues Allzeithoch und erreichten 32,07 Millionen Euro. Dabei wuchsen die Erträge in Süd- und Westeuropa um 27,7 Prozent, die in Mittel- und Osteuropa um 21,1 Prozent.

Wären nicht die Geschehnisse in der Ukraine, hätte der Konzern somit allen Grund zur Freude. Corona, so Freis, habe das Bedürfnis nach Absicherung steigen lassen, gleichzeitig habe die hohe Akzeptanz der Kunden für persönliche Online-Beratung die Effizienz der Vertriebsprozesse gesteigert. Damit sind trotz gesteigerter Risiken alle Voraussetzungen dafür gegeben, auch im Jahr 2022 ein gutes Ergebnis zu erzielen. Red.

FINANZVERTRIEB

MLP mit hoher Krisen-Resilienz

Seit dem Jahr 2011 war MLP kräftig auf Einkaufstour. Nach einer Beteiligung an der Feri AG im Jahr 2006 wurden 2011 die restlichen Anteile übernommen, um das Vermögensmanagement zu stärken. 2015 folgte die Übernahme der Domcura-Gruppe, die als Assekurateur Deckungskonzepte in der gewerblichen und privaten Sachversicherung realisiert. Seit 2019 ist MLP zudem Mehrheitseigner (75,1 Prozent) der Deutschland-Immobilien Gruppe, die einen Marktplatz für Anlageimmobilien unterhält. Und erst im vergangenen Jahr wurde der Industrieversicherungsmakler RVM übernommen, um den Bereich

Gewerbe- und Industrieversicherungen auszubauen.

Diese Weiterentwicklung und immer breitere Aufstellung hat sich auch im zweiten Corona-Jahr 2021 ausgezahlt. Man habe Corona erfolgreich die Stirn geboten, so Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Vorstandsvorsitzender der MLP SE, auf der Bilanzpressekonferenz: „Das neue MLP gewinnt immer weiter an Kontur und Stärke, es verbindet Widerstandsfähigkeit mit Wachstumspotenzialen“. Das Zusammenwirken der Konzernteile komme immer mehr zum Tragen. In allen Beratungsfeldern konnte 2021 Wachstum erzielt werden. Dabei ist das Vermögensmanagement – nach zwölf Jahren Steigerung in Folge – auf Jahres-sicht das größte Beratungsfeld. Neben einer guten operativen Entwicklung bei privaten und institutionellen Kunden haben dazu auch deutlich gestiegene erfolgsabhängige Vergütungen wesentlich im Vermögensmanagement von Feri beitrugen.

Den größten prozentualen Zuwachs erzielte bereits zum vierten Mal in Folge die Immobilienvermittlung, in der die Erlöse um 59 Prozent auf 62,8 Millionen Euro stiegen. Deutliches Erlöswachstum war mit 15 Prozent auch in der Finanzierung zu verzeichnen. In der Altersvorsorge, in der die Entwicklung im Vorjahr durch die Pandemie beeinträchtigt war, stiegen die Erlöse gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13 Prozent auf 241,7 Millionen Euro (2020: 214,6 Millionen Euro), wobei der Zuwachs sowohl aus der privaten als auch aus der betrieblichen Altersvorsorge stammt. In der bAV ist MLP mit der Marke TPC aktiv.

Unter dem Strich konnten die Gesamterlöse auf 934,5 Millionen Euro gesteigert werden und haben damit einen neuen Höchststand erreicht. Dass der Anteil der wiederkehrenden Erlöse gegenüber 2005 von 30 auf 59 Prozent gewachsen ist, belegt die gesteigerte Resilienz des Geschäftsmodells. Die Basis für künftiges Wachstum legen die wachsenden Kundenzahlen. Bei den „Familienkunden“ betrug der Zuwachs 1,3 Prozent auf 562 300. Die Anzahl der Firmen- und institutionellen Kunden stieg um 10,2 Prozent auf 24 800. Hier dürfte die jüngste Akquisition der RVM für weiteres Wachstum sorgen. Damit soll auch der für das laufende Jahr erwartete Rückgang bei den erfolgsabhängigen Vergütungen kompensiert werden. Red.